

Kommentar

Kümmert euch lieber um Kühe

Von Nina Jecker



Zwölfjunge Frauen, eine Jury und ein bisschen Fremdschämen. Herzlich willkommen zu den Miss-Schweiz-Wahlen. Der nur

noch wenig beachtete Event hat in den vergangenen Tagen doch noch einmal für Schlagzeilen gesorgt. Wegen Protesten der Berner Juso wollen die Veranstalter die Wahl dieses Jahr nicht mehr auf dem Berner Bundesplatz, sondern im Basler Musical Theater durchführen. Aber auch die hiesigen Juso wollen protestieren: Die Miss-Schweiz-Wahl sei diskriminierend und sexistisch, kritisieren sie.

Zugegeben: Eine Miss-Wahl ist oberflächlich und die Parallelen mit der Wahl der schönsten Kuh im Berner Oberland sind offensichtlich. Optik ist alles, ein pralles Euter gibt Extrapunkte. Doch die Wahl der schönsten Schweizerin deshalb bekämpfen zu wollen, ist Frauenrechtsirrsinn.

Frauen können nämlich durchaus selber entscheiden, ob sie in einem Bikini und in High Heels vor einer Jury über einen Laufsteg stöckeln wollen oder nicht. Es gibt nichts, das sie dazu zwingt, sich die Kleider vom Leib zu reissen und um Punkte zu betteln.

Auch das Argument, eine Miss-Wahl bestärke Mädchen und Frauen darin, nur noch gefällige Objekte sein zu wollen, ist übertrieben. «Miss Schweiz oder Model», antwortete eine Freundin in der Primarschule

Wer meint, Frauen müssten vor Miss-Wahlen geschützt werden, sieht sie als potenzielle Opfer.

immer auf die Frage nach ihren Berufswünschen. Die Erwachsenen lächelten darüber, niemand war alarmiert. Heute müsste ein kleines Mädchen nach einer solchen Aussage wohl zum Schulpsychologen. Das kleine Mädchen von damals ist auch ohne Hilfe Anwältin geworden. Hätte sie sich stattdessen dafür entschieden, um das Krönchen der Miss Schweiz zu kämpfen oder würde mit blankem Hintern für Fruchtjoghurt werben, wäre auch das ihr gutes Recht. Wer meint, Frauen müssten vor solchen Dingen geschützt werden, indem man beispielsweise eine Miss-Schweiz-Wahl oder ein Werbeplakat verhindert, sieht Frauen als potenzielle Opfer.

Jede Zeit und jede Kultur kennt ihre Schönheitsideale und Frauen wie auch Männer müssen lernen, selbstbewusst damit umzugehen. Eine Miss-Schweiz-Wahl weniger oder ein Verbot für sexy Werbung mehr ändern daran überhaupt nichts. Da sollten sich die Juso lieber um die Oberländer Kühe Sorgen machen. Denn anders als Frauen haben die armen Viecher keine Wahl, ob sie ihre kahl rasierten Euter zur Schau stellen wollen. Der Widerstand gegen die Miss-Wahlen hingegen ist nichts anderes als kostenlose Werbung für den bis dahin kaum noch populären Anlass.

nina.jecker@baz.ch Seite 13

Der Kampf um die Deutungshoheit

Schadet das brutale Nein zur GLP-Initiative der Energiewende? Die Meinungen bleiben geteilt



Viel Überzeugungsarbeit nötig. Die Befürworter der Energiewende müssen gegen den Widerstand der Bevölkerung kämpfen. Die künstliche Erhöhung der Preise von Benzin, Heizöl oder Strom ist unpopulär. Foto Keystone

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Niederlage war vernichtend. Und der Zeitpunkt ist politisch brisant. Doch für Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ist das längst kein Grund aufzugeben. Das brutale Nein zur Energiesteuer-Initiative der Grünliberalen sei mitnichten ein Votum gegen die Energiewende, hatte sie am Abstimmungs-sonntag tapfer vor den Medien erklärt. Im Gegenteil: Die zuständige Finanzministerin ging sogar so weit, das Resultat als Willensbekundung für die Energiestrategie des Bundesrats zu interpretieren. Die Bevölkerung habe «Vertrauen in den eingeschlagenen Weg».

Und von diesem Weg will sich der Bundesrat nicht abbringen lassen. Wie vorgesehen wird er in den nächsten Wochen seine konkreten Pläne präsentieren. So sieht er vor, das heutige Fördersystem für erneuerbare Energien ab 2021 durch ein Lenkungssystem abzulösen. Es ist die wichtige zweite Etappe zur Finanzierung des Grossprojekts Energiestrategie 2050. Im Gegensatz zur radikalen GLP-Initiative solle sie aber schrittweise eingeführt werden sowie «wirtschaftsfreundlich und sozialverträglich» ausgestaltet sein. Zudem will der Bundesrat die Einnahmen aus den geplanten Energieabgaben «vollständig an die Wirtschaft und an die Privathaushalte zurückerstatten». Damit glaubt er, eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich scharen zu können.

Je nach Weltbild anderer Schluss

Gestern im Bundeshaus ging der Kampf um die Deutungshoheit über die Rekordschlappe weiter. Ist sie auch als Misstrauensvotum gegen die Energiestrategie zu interpretieren? Selbstverständlich, sagen deren Gegner. Natürlich nicht, finden die Befürworter. Jeder deutet das Resultat so, wie es in sein politisches Weltbild passt. Allerdings liegen die Querbezüge auf der Hand. Das Schweizer Volk, das sich nach dem GAU von Fukushima erstmals energiepolitisch äussern konnte, fürchtete nicht nur um die Finanzierung des Bundeshaushalts. Es sagte auch Nein zu einem radikalen energetischen und wirtschaftlichen Umbau.

Die Befürworter der Energiewende werden noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Denn die künstliche Erhöhung der Preise von Heizöl, Benzin oder Strom ist im Volk unpopulär. Darauf deutet auch das Abstimmungsergebnis vom Sonntag aus dem Kanton Schaffhausen, wo der Souverän dem ersten Massnahmenpaket zur Umsetzung der kantonalen Energiestrategie eine deutliche Abfuhr erteilt hat. Besonders umstritten war ein Förderrappen auf Strom zur Erhöhung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien. Allerdings: In den letzten Monaten sind in verschiedenen Kantonen auch Vorlagen zur Förderung erneuerbarer Energien angenommen worden.

Für Gegner ist Wende chancenlos

Für die SVP bleibt es dennoch dabei: Das Nein zur Energiesteuer sei auch ein Nein gegen weitere Steuererhöhungen auf Benzin, Diesel, Öl, Gas und Strom, so Nationalrat Albert Rösti. Die Partei fordert den Bundesrat auf, «jetzt endlich Abstand zu nehmen von weiteren Versuchen, Energiesteuern zu erhöhen und Lenkungsabgaben einzuführen». Und für FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen ist das Resultat ein «Schuss vor den Bug» der Energiestrategie. Das Volk sage klar Nein zu «drakonischen Lenkungsabgaben». Eine Abgabe auf Benzin oder Strom komme nicht infrage – und sei im Volk auch kaum mehrheitsfähig.

Ganz anders das links-grüne Lager: Dieses steht weiter klar hinter der Energiestrategie. «Das Volk hat nur Nein zu einem Umbau des Steuersystems gesagt – gerade in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten», sagt Grünen-Fraktionschef Balthasar Glättli. «Es wollte wohl keine Einnahmeausfälle riskieren.» Die Ablehnung bedeute deswegen aber kein Nein zur Energiewende. Auch die Grünliberalen wollen weiter mithelfen, einer staatsquotenneutralen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen.

Auch für die BDP ändert sich im Grundsatz nichts. «Die Interpretation, dass das Volk keine künstliche Verteuerungen will, geht für mich zu weit», sagt Nationalrat Lorenz Hess. Die BDP will sich auch weiterhin für ein «effizientes Lenkungssystem» einsetzen. Möglich

aber sei, dass bei der konkreten Ausgestaltung noch einige Korrekturen vorgenommen werden müssten. So hingen die politischen Chancen stark davon ab, wie hoch die Abgabe auf den einzelnen Energieträger tatsächlich sein wird. Auch sei darüber nachzudenken, ob etwa auf Benzin ebenfalls eine Abgabe erhoben werden soll.

Selbst der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse wehrt sich nicht grundsätzlich gegen eine Energielenkungsabgabe. Eine massive Verteuerung der Energie finde beim Stimmvolk jedoch offensichtlich keine Mehrheit. Wenn aber gleichzeitig die heutigen Subventions- und Förderprogramme gestrichen werden und die Abgaben vollständig an Haushalte und Unternehmen zurückfliessen, könne man darüber diskutieren. Wichtig ist für Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer, dass die Wirtschaft im aktuell schwierigen Umfeld nicht zusätzlich belastet wird.

CVP als Zünglein an der Waage

Bleibt die FDP bei ihrem kategorischen Nein gegen neue Abgaben, dürfte die CVP einmal mehr das Zünglein an der Waage spielen. Noch gibt es in der Partei unterschiedliche Stimmen. Bisher zeigte sie sich einem Energielenkungssystem «grundsätzlich positiv» gegenüber, ist aber kritisch, wenn es um Abgaben auf Treibstoffe geht. So wollte Parteipräsident Christophe Darbellay von einer Benzinpreiserhöhung von 26 Rappen bisher nichts wissen. Auch andere Christlichdemokraten weisen darauf hin, dass es im Detail noch einigen Diskussionsbedarf gebe.

«Die Stossrichtung ist weiterhin richtig», findet CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Die Energiestrategie gehe schliesslich längst nicht so weit wie die GLP-Initiative. Auch Fraktionskollegin Elisabeth Schneider-Schneiter glaubt ebenfalls weiter an die Energiewende. Dabei aber werde bei einer Volksabstimmung gerade auch das wirtschaftliche Umfeld entscheidend sein. «Die Unsicherheit wegen der Frankenstärke und der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative lassen die Nachhaltigkeitfragen für viele in den Hintergrund rücken», ist sie sich bewusst.

Damals im 2011

Basel. Morgen vor vier Jahren, am 11. März 2011, haben ein Erdbeben, ein Tsunami und ein Reaktorunfall weite Teile im Nordosten Japans verwüstet. Schweizer Politikerinnen und Politiker äusserten sich damals unterschiedlich zum Unfall und dessen Konsequenzen.

«Es ist leichtsinnig, den Verzicht auf Kernenergie zu fordern. Daran ändert Fukushima nichts.»

Bundesrätin Doris Leuthard am 26.3.2011 im Interview mit dem Tages-Anzeiger

«Wir haben zwar noch Zeit; aber wenn wir jetzt nichts machen, haben wir in zehn Jahren ein Problem.»

Bundesrätin Doris Leuthard am 25.5.2011 zum Entscheid des Bundesrates, aus der Atomkraft auszusteigen

«Parteien, die sich nicht klar zum Ausstieg bekennen, werden künftig nicht mehr gewählt.»

Philipp Schoch, Präsident Grüne BL

«Bis zum heutigen Tag hat es in Japan wegen des Erdbebens und des Tsunamis viele Tote gegeben; jedoch keinen einzigen wegen der Atomkatastrophe.»

Hanspeter Weibel, SVP-Landrat BL

«Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist nicht mehr bereit, in unserer dicht besiedelten Schweiz mit dem atomaren Risiko zu leben.»

Roberto Schmidt, Nationalrat CVP, VS

«Wir müssen raus aus dem Atomstrom, das ist klar.»

Michael Herrmann, FDP-Präsident BL

«In Deutschland bilden Fotovoltaik und Windenergie die Versorgungspfeiler der Zukunft.»

Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat SP, BS

«Wir brauchen eine kleine Anschubfinanzierung, eine kleine Unterstützung, um die erneuerbaren Energien marktauglich zu machen.»

Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

«Sonnenenergie haben wir unendlich viel. Windenergie haben wir unendlich viel.»

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne, BE

«Ein Ausstieg ist unrealistisch, er beruht auf dem Prinzip Hoffnung.»

Hans Koller, Nationalrat SVP, AG

«Die Energiezukunft darf nicht den grünen und linken Utopisten überlassen werden.»

Fulvio Pelli, Nationalrat FDP, TI

«Wir werden mit den erneuerbaren Energien, mit der Energieeffizienz in der Schweiz hunderttausend Arbeitsplätze schaffen. Das sind nachhaltige Arbeitsplätze.»

Ursula Wyss, Fraktionspräsidentin SP, BE

«Man kann nicht um die Frage des Atomausstiegs herumtanzen. Der Ausstieg ist technisch und wirtschaftlich machbar.»

Eric Nussbaumer, Nationalrat SP, BL